

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Druckerei und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint wochentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Redaktionsbüro: Die Redaktionsleitung ist für den Empfang von Anzeigen und für den Druck der Anzeigen in der Druckerei des Auer-Tageblattes in Chemnitz, Hauptstraße 11, verantwortlich.

Telegramme: Auerblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1990

Nr. 265

Sonnabend, den 13. November 1926

21. Jahrgang

### Italien, der Störenfried Europas.

Auch die Schweiz fühlt sich bedroht.

Bern, 11. Nov. Der fortgesetzte Bau italienischer Straßen an der schweizerischen Grenze, die offensichtlich militärischen Zwecken dienen sollen, hat neuerdings in der schweizerischen Öffentlichkeit große Beunruhigung hervorgerufen. Man findet, daß diese Anlagen einigermassen in einem Gegensatz zu den wiederholten Freundschaftsbekundungen Mussolinis gegenüber der Schweiz und dem erst kürzlich zwischen beiden Ländern abgeschlossenen Handelsvertrag stehen. Schon vor dem Arlage hatte Italien mit dem Bau von strategischen Straßen, besonders im tessinischen Grenzgebiet, begonnen. Besonders auffallen erregte damals der 1918 vollendete Bau einer Automobilstraße auf den 1300 Meter hohen Gipfel des Monte Sighinola, der dem schweizerischen Lugano gegenüberliegt und diese Stadt sowie den wichtigen Eisenbahndamm von Melide völlig beherrscht. Noch unvollständiger aber erscheint der rein militärische Charakter des in diesem Sommer von italienischen Truppen begonnenen Ausbaus der Giacomo-Strasse im Tosa-Tal.

Diese Straße bedeutet nämlich, worauf der frühere Genie-Chef der schweizerischen Armee, Oberst-Korpskommandant Weber, in der „Neuen Zürcher Zeitung“ hinweist, eine direkte Bedrohung der schweizerischen Gotthardstellung, der starken Bergbesetzung der Süd-

front. Das Tal der Tosa, die dem Lago Maggiore zugehört, bildet einen tiefen Keil im schweizerischen Gebiet, zwischen den Kantonen Tessin und Wallis. Es findet seinen Abschluß im 2315 Meter hohen Giacomo-Paß an der schweizerischen Grenze, von dem man in das schweizerische Vedrette-Tal und weiter nach 15 Kilometern nach Airolo dem Südportal des Gotthardtunnels gelangt. Solange eine Fahrstraße bis zur Paßhöhe nicht bestand und italienische Truppen diese nur beschränkter Anzahl, in langwierigem Gebirgsmarsch und ohne schwere Artillerie erreichen konnten, war die Bedrohung für die Schweiz weniger bedeutungsvoll. Tagelang wird der Paß, wie Oberst-Korpskommandant Weber ausführte, zum Sprungbrett des Angriffs auf den Gotthard, sobald ihn italienische Truppen in bester Anzahl mit Artillerie im Auto in kürzester Zeit erreichen können. Mit 16 Zentimeter-Kanonen, deren Schußweite 15 bis 20 Kilometer beträgt, können dann die Italiener Airolo, den Gotthardpaß, den Bahnhof am südlichen Tunnelausgang, aber auch den Furka- und Grimselpaß unter Feuer halten und damit die Hauptverkehrsadern der inneren Schweiz mit dem Tessin, sowie die Verbindungen nach dem Wallis und Kanton Bern gefährden.

### Die sächsischen Landtagswahlen.

„Der Herald“, Wochenblatt für nationale und liberale Politik, Organ der Deutschen Volkspartei in Sachsen, schreibt über den Ausgang der sächsischen Landtagswahl:

Wer gehofft hatte, daß die am Sonntag in Sachsen stattgefundenen Landtagswahlen mit einem Sieg der Verantwortungsbewußtseins ausgehen würde, ist schmachlich enttäuscht worden. Seine Majestät der Spießbürger hat gelehrt! Der Herr Nichtwähler, der Herr Interessenvertreter, der radikale Wähler-Schlingel von 21 Jahren, die Verantwortungsbewußtseins und die durch keine irgendeine geartete staatsbewußte Mitarbeit „belasteten“ Vorkämpfer haben das Rennen gemacht. Das „soberäne“ Volk hat wieder einmal zur Evidenz bewiesen, daß es immer noch so dumm ist, auf Versprechungen hereinzufallen. Wenn die Herren der Wirtschaftspartei, die wie ein Chamäleon in allen politischen Farben schillert, kommen und erzählen, daß sie die Steuern ermäßigen würden, so gibt es in Sachsen 237 407 Leute, die das glauben und der Partei zu zehn Mandaten verhelfen. Dabei sind doch die Sachsen nun besonders „helle“! Wenn sonst irgendwo ein Hafnermeister politisches Ehrgeiz hat, recht viel verspricht und auf alle bestehenden Parteien schimpft, so kann er sicher sein, seinen Anhang zu finden; alles, was an politischen Idealen vorhanden ist, gibt es dann nicht mehr! Man weiß nichts mehr von konservativer Auffassung, von liberaler Grundanschauung, von sozialistischer Doktrin, selbst die Republik wird dem Demokraten Sekuba, man ist nur noch Interessenvertreter: Hausbesitzer, Handwerker, Gastwirt usw. Aus dem Maße der Dämonen und Denker wird langsam ein Volk der Mieter und Hausbesitzer, der gepörrten und ungepörrten Obersekretäre, der Sattlermeister und Schustergehilfen, — ein Volk der aller Ideale, das nichts kennt, als den engen Kreis seines Berufes, von dem jeder dem andern mißtraut und scheel ansetzt, — aus Deutschland wird ein Staat, in dem jeder nur für sich sorgt und alle untereinander sich in einem wirtschaftspolitischen Kleinriegel den Lebensadern abschneiden.

Wo führt das hin? Bestillt zur Flucht vor der Verantwortung! Könnte man es z. B. den Demokraten verdenken, wenn sie eines Tages, nachdem sie nun jahrelang überall die Verantwortung mitgetragen haben und dabei immer weiter bestimmt worden sind, erklärten, daß sie grundsätzlich in keine Regierung mehr eintreten und erst ein paar Jahre die Früchte der Opposition genießen wollten? Dreizehn Parteien bewarben sich in Sachsen um die Gunst der Wähler, nur ihrer drei waren bislang Regierungspartei! Diese drei und die Deutschnationalen haben die Prügel bekommen. Werden sie jetzt sehr verantwortungsfreudig sein? Wir glauben es nicht! Wer aber soll die Regierung bilden? Keiner weiß, wo die neuen Parteien stehen! Die Wirtschaftspartei rangiert im allgemeinen nach rechts, die Nationalsozialisten und Aufwertungspartei immer alles. Im Augenblick ist nicht zu übersehen, wie eine Mehrheitsbildung möglich ist; weder rechts, noch links, noch in der Mitte ist man genügend stark. Was ist die Folge? Wochentlang wird man hin und her verhandeln, — der Spießbürger nennt es „Kuhhandel“, — man wird im Land weidlich auf die Parlamente und Parteien schimpfen, die nichts können, und wird in seinem Nichts durchbohrendem Gefühl vollkommen begreifen, daß man dadurch, daß man auf den beim der Anfänge gekrochen ist, selbst daran Schuld ist, daß keine klare Entscheidung zuwege kam.

Stelle ich es gut so! Auch die Wirtschaftspartei wird mit Wasser kochen, auch die Aufwertungspartei wird seinen Teufel für die Sparherausheben, die Nationalsozialisten werden sich in fruchtloser Opposition um den Rest ihres Ansehens bringen, — sie alle werden ihre Wähler enttäuschen! Je früher das geschieht, desto besser. Wenn wir schon einmal durch das Unglück der Parteienzersplitterung hindurch müssen, dann möglichst bald, um so eher wird der Weg frei für klare Entscheidungen.

### Das endgültige Ergebnis der Landtagswahl im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau.

Das am Schluß eines Wahltages bekannt gegebene Wahlergebnis ist bekanntlich immer nur ein vorläufiges, da die abgegebenen Wahlzettel, sowie auch die Entscheidungen der Wahlvorstände über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Stimmen nachgeprüft werden müssen. Im Wahlkreise Chemnitz-Zwickau sind insgesamt 883 019 gültige Stimmen abgegeben worden, und zwar 458 816 in der Kreiswahlmännerschaft Chemnitz, 377 708 in der Kreiswahlmännerschaft Zwickau. Es sind 18 800 Wahlzettel ausgefüllt und 11 390 davon abge-

### Die schüchterne Sozialdemokratie.

Sie acht nur ein lazes Verhältnis ein

Zu der gestrigen Besprechung des Reichskanzlers mit Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die, wie gemeldet, zu einer Verständigung über das künftige Verhältnis der Sozialdemokraten zur Regierungspolitik führte, betont die „Tägliche Rundschau“, daß von Koalitionsverhandlungen keine Rede gewesen sei. Die „Germania“ spricht von einem losen Verhältnis zwischen den Regierungsparteien und der Sozialdemokratie und sagt: Diese geringe Gebundenheit entspricht anscheinend sowohl den derzeitigen Wünschen der Regierungsparteien wie der Sozialdemokraten. Das „Berliner Tageblatt“ weiß zu melden, daß die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Demokraten in ihren gestrigen Fraktionsitzungen dem Ergebnis der Besprechung mit den sozialdemokratischen Vertretern zugestimmt haben. Der „Vorwärts“ drückt die Hoffnung aus, daß auch die sozialdemokratische Partei der ersten Verständigung zustimmen werde und schreibt: Es kommt darauf an, die Regierung vor einem Abgleiten nach rechts zu bewahren.

Über den

#### Wang der Verhandlungen

wird berichtet:

Die angekündigten Verhandlungen zwischen der Regierung und den Koalitionsparteien einerseits und der Sozialdemokratie andererseits haben gestern zu einem Erfolge geführt.

In den Besprechungen zwischen dem Vorsitzenden des sozialpolitischen Ausschusses und den sozialdemokratischen Ausschuhmilitärs über die Frage der

#### Erwerbslosenfürsorge,

insbesondere über die Krisenfürsorge, ist ein Kompromiß erreicht worden, durch das die Verabschiedung des von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurfes in der heutigen Sitzung gesichert ist. Wenn auch über die Details des Kompromisses noch nichts mitgeteilt worden ist, so steht zweifellos fest, daß die Reichsregierung den sozialdemokratischen Wünschen in bezug auf die Verärgerung der Krisenfürsorge entgegengekommen ist. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird der Erledigung der Gesetze keine Schwierigkeiten mehr bereiten.

Wichtiger waren die politischen Verhandlungen, die am Nachmittag zwischen dem Reichskanzler und den Führern der Sozialdemokratie stattgefunden haben und in denen es sich vor allem darum handelte, der Regierung für die noch in Sicht stehenden größeren legislativen Arbeiten im Reichstage eine Mehrheit zu sichern. Bei der innerhalb der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie noch vorherrschenden Stimmung versprochen Bemühungen um das Zustandekommen der Großen Koalition im gegenwärtigen Zeitpunkt noch keinen Erfolg. Was die Regierung aber erreichen wollte, war die Gewissheit dafür, daß sich Vorgänge wie bei der parlamentarischen Verhandlung der Gesetze über die Erwerbslosenfürsorge nicht wiederholen werden. In dieser Richtung hat, wie man hört, die Aus-

sprache zwischen Kanzler und den sozialdemokratischen Führern ein befriedigendes Ergebnis gehabt.

Man ist übereingekommen, in Zukunft vor der Beratung wichtiger Vorlagen und politischer Fragen eine engere Rücksprache zwischen den Regierungsparteien und der Sozialdemokratie herbeizuführen, um ein möglichst einheitliches Verhalten zu sichern und den Deutschnationalen keine Gelegenheit zu Quartiersbereien zu geben.

### Um Titel und Orden in der Republik.

Durch die Presse ging die Meldung, daß das Reichsministerium des Innern einen Gesetzentwurf vorbereitet, der die Wiedereinführung von Titeln und Orden ermöglicht. Wie hierzu von Seiten des Reichsinnenministeriums gemeldet wird, ist die Lage folgende: Der Reichstag hat im Januar d. J. eine Entschließung gefaßt, wonach das zuständige Ministerium erwägen sollte, ob die gegenwärtige Rechtslage auf die Dauer zweckmäßig erscheine. Die augenblickliche Rechtslage wird nun an zuständiger Stelle insofern als unbefriedigend empfunden, als es zurzeit nicht möglich ist, verdienten deutschen Pionieren im Auslande eine gebührende Auszeichnung zu verleihen. Angesichts gewisser Schwierigkeiten, die sich aus Meinungsverschiedenheiten zwischen der Reichsregierung und Bayern in der Titelfrage ergeben, macht sich zunächst ein Einvernehmen mit Bayern erforderlich. Eine Entscheidung des Reichsministeriums des Innern oder des Reichspräsidenten darüber, ob die Titelfrage von neuem grundsätzlich behandelt werden soll, ist noch nicht getroffen worden. Hinsichtlich der Orden bedarf die Rechtslage insofern einer Klärung, als über die Befähigungsmöglichkeit der Verleihung der Rettungsmedaille und des Feuerwehrabzeichens Meinungsverschiedenheiten bestehen.

### Die Reichstagsverhandlungen im Rundfunk

Laut „Vorwärts“ hat die Berliner Funkstunde beim Reichstagspräsidenten beantragt, im Plenarsitzungssaal des Reichstages mehrere Mikrophone einbauen zu dürfen, um an die Rundfunkteilnehmer täglich den Verlauf der Plenarsitzungen des Reichstages weiterzuleiten.

Wir glauben kaum, daß die Regierung einem solchen Projekte ihre Zustimmung geben wird. Auf jeden Fall würde die Wiedereinführung der Reichstagsreden durch den Rundfunk eine ständige Gefährdung der Jugend bedeuten. Es ist schon schlimm genug, den kommunistischen Schimpfswortthagen in der Zeitung zu lesen; im Rundfunk wollen wir keine Schweinereien hören.

### Der holländisch-belgische Vertrag

Haag, 11. November. In der Zweiten Kammer wurde, nachdem der Minister des Auswärtigen, Dr. van Karnebeek, den Standpunkt der Regierung dargelegt hatte, der Gesetzentwurf zur Ratifizierung des niederländisch-belgischen Vertrages vom 8. August 1925 angenommen.